

Der FUNKE

TAGESZEITUNG FÜR RECHT, FREIHEIT UND KULTUR

„Der Funke“ erscheint sechsmal wöchentlich. Bei Ausfall der Lieferung infolge höherer Gewalt oder Streik kein Anspruch auf Entschädigung.

Bezugspreis 2.— Mark monatlich, zuzüglich Zustellgebühr. Anzeigenpreise nach Vereinbaruz. Platz- und Datenvorschriften ohne Verbindlichkeit.

Redaktion und Verlag: Berlin S 14, Inselstr. 8a, Fernruf: F 7, Jannowitz, 5909. Postcheckkonto Berlin Nr. 90460 (Internationale Verlagsanstalt G. m. b. H.).

NUMMER 45 B

BERLIN • Dienstag, den 23. Februar 1932

1. JAHRGANG

Warum kein Ende der Krise?

Von Herbert Reinemann.

Zum Wirtschaftsvorschlag, den der ISK zwecks Behebung der Krise gemacht hat, sind natürlich eine Reihe von Einwänden, Bedenken, Fragen erhoben worden. Eine besonders naheliegende Frage haben wir in drei Artikeln im „Funken“ beantwortet. Die Frage nämlich, ob wir von Deutschland aus überhaupt eine selbständige Wirtschaftspolitik treiben können, die die Krise überwindet oder mindestens wesentlich abschwächt.

Heute will ich auf die Frage antworten, warum die Kapitalisten unseren Vorschlag nicht durchführen, nach dem die Subventionen so umgeleitet werden sollen, daß statt der Schwerindustrie der Wohnungsbau finanziert wird.

Der Einwand besagt: „Die Kapitalisten wollen auch die Behebung der Krise; denn jeden Tag kann es auch ihnen an den Krügen gehen. Warum also nehmen sie unseren Vorschlag nicht an? Es ist ziemlich sicher, daß die Krise nicht zu Ende geht, wenn man so weiter macht wie bisher. Dann aber ist auch die Schwerindustrie bald am Ende. Nach unserem Vorschlag würde zwar der und jener kaputtgehen, einige aber hätten doch die Möglichkeit, die Krise zu überstehen und in der darauffolgenden Konjunktur wieder aufzublühen. Warum also nimmt man unseren Vorschlag nicht an?“

Ein anderer Einwand besagt genau das Gegenteil: Unser Vorschlag sei zu radikal: „Wenn der Bankrott beträchtlicher Teile der Schwerindustrie eintreten würde, wäre der Ruin der deutschen Wirtschaft unauflösbar. Denn der Zusammenbruch großer Teile der Schwerindustrie würde zerstörend auf die Banken, und durch diese wieder auf andere Industriezweige, auf die Landwirtschaft und den Handel wirken.“

Dieser Einwand ist begrifflich, aber nicht stichhaltig. Die Schwerindustrie würde gerade bei Fortsetzung der bisherigen Politik den Ast absägen, auf dem sie sitzt. Die Beschneidung der Kaufkraft der Konsumenten (durch Kartellpreise, Agrarzölle, Steuern zu Subventionszwecken u. s. w.) verschärft ja die Absatzstörung. Etwas anderes als eine Umkehr von dieser Politik kann also gar nicht aus der Krise herausführen. Also kann es nur in Frage kommen, Maßnahmen zu treffen, durch die wir die unvermeidliche Erschütterung möglichst gut auffangen.

Das geschieht unter anderem gerade durch unsere Forderung, den Wohnungsbau anzuburbeln, da auf diesem Weg die Massen-Kaufkraft, und damit der Absatz besonders gefördert werden.

Inzwischen hat auch ERNST STERN, der volkswirtschaftliche Berater der Reichs-Kredit-Gesellschaft, die Unvermeidbarkeit von Bankrotten in der Berg- und Hütten-Industrie (bzw. ihre Sanierung) anerkannt. — Auf der anderen Seite zeigt der zweite Einwand, daß sogar Leser des „Funken“ vor dem Preis, den die Behebung der Krise im Kapitalismus kostet, zurückerschrecken. Wieviel mehr ist das bei Kapitalisten erklärlich!

Zunächst dreht es sich für einen Unternehmer um die Aufgabe, bei Befolgung unserer Politik seinen eigenen Betrieb zu gefährden; und selbst, wo das nicht unmittelbar in Frage kommt, ist es für einen Kapitalisten infolge seiner Verknüpfung mit dem Geschäftsleben nicht einfach, mit Bewußtsein den Bankrott großer Unternehmungen in Kauf zu nehmen.

Dazu kommen die politischen Beziehungen. Selbst wenn ein weitblickender Unternehmer heute unseren Vorschlag propagierte, hätte er große Schwierigkeiten, sich durchzusetzen. Seine Kollegen würden ihn mit dem Boykott bedrohen. Wäre es ein Schwerindustrieller, so müßte er mit dem Widerstand der Großgrundbesitzer rechnen.

Außerdem würde ein Wirtschaftsführer durch die Befolgung unserer Politik zugeben, daß die bisherige Wirtschaftspolitik falsch war.

Allerdings könnte man vermeiden, daß diese Blamage öffentlich wird. Dies geschieht heute dadurch, daß man die Schuld an der Krise den Reparationen zuschiebt. Jedoch: selbst wenn diese Propaganda wirksam wäre, so würde doch unsere Politik sich nicht an der Schwerindustrie oder dem Großgrundbesitz orientieren.

Schwere Kämpfe bei Schanghai.

Nationalkonferenz in Schanghai. — Japan gegen Völkerbundsrat: Das erstaunte Japan.

Vom Kriegsschauplatz bei Schanghai.

Auf der Strecke zwischen Wusung und Tschapei tobt der Kampf. Mit besonderer Wut ringen die japanischen und chinesischen Truppen um das Dorf Kiangwan, das etwa in der Mitte zwischen Wusung und Tschapei liegt. Am Sonnabend nachmittag wurde Kiangwan nach schweren Kämpfen und verschiedenen erfolglosen Vorstößen der Japaner schließlich von diesen genommen. In der Nacht zum Sonntag haben die Chinesen Kiangwan zurückerobert. Trotz schweren Gegenangriffs durch die Japaner haben die Chinesen bis zum Sonntag nachmittag die Stellung gehalten, jedoch besteht die Gefahr, daß den Japanern ein Durchbruch gelingt.

Wie aus Schanghai am 21. Februar gemeldet wird, ist dort eine Nationalkonferenz zusammengetreten zur Beratung der Lage. Tschiangkai-schek nimmt an der Konferenz teil. Seine Haltung ist nach wie vor undurchsichtig. Er gilt als Gegner der militärischen Gegenwehr gegen Japan. Zugleich spricht man davon, daß er von den Kämpfen um Schanghai eine Niederwerfung seiner kantonesischen Gegner erwarte, die jetzt vor Schanghai kämpfen und denen er keinen nachhaltigen Sieg zutraut.

Die chinesische Regierung hat Telegraphen- und Briefzensur für ganz China angeordnet.

Die Rolle der Diplomaten.

Aus London wird gemeldet, daß Baldwin infolge der Lage in Schanghai das Wochenende in London verbracht hat.

Zwei in Schanghai getötete englische Matrosen sind mit militärischen Ehren und unter Assistenz aller diplomatischen Vertreter der internationalen Niederlassung feierlich bestatet worden.

Die holländische Regierung hat beschlossen, zum Schutz ihrer Bürger einen Zerstörer zu entsenden.

Aus Washington verlautet, daß die amerikanische Regierung keinen amtlichen Vertreter zur Vollversammlung

AUS DEM INHALT:

Reichshilfe für Großbanken.
Leben einer Landarbeiterin.
Arbeitsordnung statt Tarifvertrag.
Vom deutschen Nationalismus.
Kandidatensorgen.
Um die Einheitsfront.
Freie und zensierte Zeitungen.
Soldaten über den Krieg.

des Völkerbundes schicken werde. Senator BORAH hat wieder sein Bedauern darüber ausgesprochen, daß gewisse Kreise gegen Japan Stellung nehmen. Die Forderung nach Strafmaßnahmen gegen Japan, wie gewisse Friedensgesellschaften sie erwägen, seien zu bedauern. Sanktionen gegenüber Japan würden Krieg bedeuten. Wenn solche Maßnahmen beschloßen würden, so müßten sie dann auch bis zu Ende durchgeführt werden.

Aus Tokio kommt eine Meldung, daß die japanische Regierung am Sonntag eine Note in Genf überreichen werde, in der sie sehr scharf Stellung nimmt gegen die Politik des Völkerbundsrates.

Alle diese Meldungen entsprechen dem, was die Delegierten dieser Regierungen in Genf geleistet haben.

(Weitere Meldungen auf der 2. Seite.)

Keine Entscheidung im Memelkonflikt.

Am Sonnabend nachmittag fand endlich die Beratung des Memelkonfliktes vor dem Völkerbundsrat statt. Auch hier Ratlosigkeit und Abschieben der Verantwortung auf der ganzen Linie.

COLBAN, der Vorsitzende des Juristenausschusses, legte den Bericht des Ausschusses vor. Dem Ausschuss war die Aufgabe gestellt worden, zu prüfen, ob die litauische Regierung nach dem Memelstatut juristisch das Recht habe, den Präsidenten des Memeler Landtages abzurufen. Der Ausschuss ist an dieser Aufgabe gescheitert und schlägt vor, die von ihm nicht gelöste Frage dem Haager Schiedsgerichtshof zu überweisen. Inzwischen solle ein „rechtmäßiges“ Direktorium gebildet werden, das das Vertrauen des Landtages habe. Von welchen Bedingungen die Rechtmäßigkeit eines Direktoriums abhängt, darüber schweigt der Ausschuss begrifflicher Weise; denn wenn er sie hätte nennen können, so wäre ja auch die ihm vorgelegte Rechtsfrage entscheidbar gewesen.

Der litauische Außenminister, ZAUNIUS, antwortete auf dieses klägliche Gutachten mit einem neuen Vorstoß gegen Memel. Er lehnte den Bericht und die Vorschläge des Ausschusses ab und erklärte, der memelländische Landtag stehe

fest. Ein gewisser Prestige-Verlust trafe also die „Wirtschaftsführer“ auf jeden Fall.

Freilich bietet die Geschichte Beispiele dafür, daß die Machthaber gerade dann, wenn sie klug waren und selber die Initiative zu einer ihnen Opfer auferlegenden Politik ergriffen, ihre Stellung wieder festigen konnten.

So haben es die Kapitalisten 1923 gemacht, indem sie die Stabilisierung der Währung unter SCHACHT zuließen und gegen den Widerstand der Ruhrindustrie die erforderlichen Opfer auf sich nahmen.

Wenn heute ein führender Unternehmer, etwa ein „liberal denkender“ Bankier, sich für die von uns vorgeschlagene Politik einsetzen würde, so könnte er verhältnismäßig leicht Bundesgenossen finden: zunächst die Kreise um den „Deutschen Volkswirt“ und die Staatspartei, weiter all die mittleren und kleinen Unter-

nehmer, die heute in ihrer Verzweiflung wegen der ihnen über den Kopf wachsenden Schwierigkeiten zu den Nazis laufen, dann das Zentrum, die SPD, den ADGB. Durch geschickte Propaganda könnte man, wie gesagt, die Schuld an der Krise den Reparationen zuschieben anstatt der bisherigen Wirtschaftspolitik. Natürlich, einige Fehlinvestitionen würde man kluger Weise zugeben.

unter fremdem Einfluß, die litauische Regierung werde daher voraussichtlich zu einer Auflösung des Landtages schreiten. Staatssekretär von BÜLOW hielt nach wie vor daran fest, daß in dem Vorgehen der litauischen Regierung eine Verletzung des Memelstatutes vorliege. Unmittelbar darauf machte er allerdings die Feststellung, daß das Versagen des Juristenausschusses nicht die Schuld dieser „hervorragenden Juristen“ sei. Herr von BÜLOWs juristische Kenntnisse reichen also auch nicht weiter als die der Ausschussmitglieder. deren Ergebnis er in der inhaltschweren Erklärung zusammenfaßte, daß der Standpunkt der litauischen Regierung, wonach sie zur Absetzung des Präsidenten befugt gewesen sei, nicht ohne weiteres als richtig hingenommen werden könne. BÜLOW wandte sich dann an die vier Unterzeichnermächte des Memelstatutes: England, Frankreich, Italien und Japan mit der Bitte, den Haager Schiedsgerichtshof zur Klärung der Rechtsfrage anzurufen, wenn Litauen sich weigere, selber dessen Entscheidung zu fordern.

Der Vertreter der englischen Regierung, dem sich die der drei anderen Unterzeichnerstaaten anschlossen, erklärte, er werde seiner Regierung diesen Vorschlag vorlegen, und er sei überzeugt, daß diese ihm die „ernsteste Aufmerksamkeit“ schenken werde.

Daraufhin nahm der Völkerbundsrat unter ausdrücklichem Vorbehalt des litauischen Außenministers die Vorschläge des Juristenausschusses an.

Warum geschieht dies nicht? Letzten Endes entscheidend ist der Unterschied der Ziele im Leben. Ein Sozialist entschließt sich im allgemeinen eher, einen Kurs zu steuern, der Erschütterungen der heute bestehenden Einrichtungen in Kauf nimmt, als ein Kapitalist, der an diesen Einrichtungen hängt. Ein Kurs, der sich nicht an den Wünschen der Schwerindustriellen und Großgrundbesitzer orientiert,

würde für die Regierenden geradezu einen Zusammensturz des Gebäudes ihrer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ideale bedeuten, so daß sie großenteils ihren inneren Haß verlieren würden.

Aus allen diesen Gründen vermeiden die Kapitalisten, sich die Zeit zu nehmen, ihren Kurs auch nur zu überprüfen.

Zu dieser Antwort auf den eingangs erwähnten Einwand meinte ein dritter Genosse, meine Erklärung sei verstiegen. Seiner Ansicht nach drehe es sich für die Kapitalisten nur darum, ihren persönlichen Bankrott zu vermeiden.

Wer von uns hat nun Recht?

Sehen wir uns nach Erfahrungen um: Die Ueberwindung der deutschen Inflationskrise 1923 ist dafür ein ausgezeichnetes Beispiel.

In dem Artikel: „Vogel-Strauß-Politik“ (vom 10. Februar) sahen wir, daß die Regierung ihren Kurs nicht zu ändern wagt aus Furcht vor der Entschleierung der Lage. Wie stand es damit Ende 1923?

Eine der wichtigsten Bedingungen für die Stabilisierung der Währung war die Beseitigung des Notgeldes. SCHACHT schreibt hierüber: „Die Ausgabe von nicht wertbeständigem Notgeld war eines der bequemsten Mittel, Inflationsgewinne zu machen, und wurde deshalb nicht nur von Kommunen, sondern vor allem auch von großen Privatbetrieben rechtlich und gern gehandhabt.“ Der Umlauf an wertbeständigem und nicht wertbeständigem Notgeld betrug je 500 Millionen Gold-Mark; zusammen also doppelt so viel wie der Goldwert des damaligen Umlaufs an Reichsbanknoten. Am 17. November 1923 forderte die Reichsbank zur Einlösung des Notgeldes auf.

Der Hauptwiderstand ging von HUGO STINNES aus. In einer Beratung, die SCHACHT mit den rheinischen „Wirtschaftsführern“ hatte, wurde „zwei Stunden lang von allen Seiten das schärfste Trommelfeuer wirtschaftlicher und politischer Beweisführung und Ueberredung auf mich (SCHACHT) losgelassen“, ... um „mich davon zu überzeugen, daß das Rhetland wirtschaftlich zugrunde gehen und politisch in die schwersten Gefahren (Separatismus H. R.) geraten würde, wenn die Notgeldverfügung der Reichsbank nicht zurückgenommen würde“. „Ich erklärte“, sagt SCHACHT, den Herren mit unerbittlicher Ruhe, daß die Reichsbank wieder Herrin des Geldumlaufs werden müsse, und daß die Stabilisierung durchgeführt werden müsse, wenn auch noch so schmerzliche Operationen damit verbunden sein sollten. Man möge sich mit aller Deutlichkeit darüber klar werden, daß der Wendepunkt in der Währungsfrage eingetreten sei, und ich empfahl, sich wohl oder übel darauf einzustellen.“

Wie hier im Großen, so ist es auch oft im Kleinen. Eltern wehren sich gegen vernünftige Neuerungen in der Erziehung. Landwirte sträuben sich oft selbst gegen einen Fortschritt in der Landwirtschaft. Sie wittern einen neuen Kurs, aber anstatt umzulernen, mutig mitzugehen, scheuen viele nicht davor zurück, die „Neuerer“ einfach unschädlich zu machen.

Und immer wieder erleben es solide Bankiers, daß dieser oder jener Unternehmer nicht davon zu überzeugen ist, daß sein Kurs in den Bankrott führt. Dann bleibt dem Bankier oft nur das Mittel, dem Unternehmer zusätzliche Kredite zu verweigern.

Nachträglich ist dann mancher Unternehmer schon froh gewesen über die Entschlossenheit seines Geldgebers; ähnlich verhielten sich auch später verschiedene rheinische Unternehmer zu SCHACHT.

Aber es ist doch keine einfache Sache, bei vollem Bewußtsein eine so ungeheure Operation vorzunehmen.

Wie wir gesehen haben, selbst dann nicht, wenn es sich um eine so einleuchtende Sache handelt wie die, daß 1923 zur Stabilisierung der Mark die Einlösung des Notgeldes erforderlich war.

Unsere wirtschaftspolitischen Vorschläge dürfen wir also nicht der Obhut der Kapitalisten überlassen. Der Einsicht in die Richtigkeit der Vorschläge muß sich der

Die neuesten Meldungen aus China.

In der Nacht zum Montag ruhte die Schlacht einigermaßen; auf beiden Seiten wurden die Stellungen verstärkt und befestigt. Die am Montag früh einsetzenden heftigen Angriffe der Japaner stießen bei den Chinesen auf energischen und heftigen Widerstand. Die Chinesen scheinen nun selber zum Angriff vorgehen zu wollen.

Zwischen den Führern der japanischen Truppen bestehen nach einer russischen Meldung schwerwiegende Meinungsverschiedenheiten über den Angriffsplan.

Wie aus London gemeldet wird, bemüht sich das englische Außenministerium angeblich darum, die Waffenlieferung privater Firmen nach dem Fernen Osten zu unterbinden.

Ueber Rußland wird gemeldet, daß alle Schanghaier Blätter Erklärungen der ausländischen Konsulate veröffentlichten, in denen die Ausländer aufgefordert werden, sich zum sofortigen Verlassen Schanghai's bereitzuhalten.

Die internationale Zone ist an den gefährdeten Punkten durch Schützengräben gesichert, die von den ausländischen Truppen besetzt worden sind.

Japans Standpunkt.

m London, 23. Februar.

Die Antwort Japans auf die jüngste dringende Ermahnung des Völkerbundes enthält folgende sieben Punkte:

1. Japan kann nicht verstehen, warum die Note nur an Japan gerichtet worden ist.

2. Der Völkerbund nimmt an, daß Japan sich im Angriff befindet, während es tatsächlich nur Verteidigungsmaßnahmen ergreift.

3. Die Chinesen verlangen eine friedliche Regelung, greifen aber gleichzeitig die Japaner an. Von Japan jetzt die Zurücknahme seiner Truppen zu fordern, ist dasselbe, als wenn man von ihm die Preisgabe seiner Rechte verlangen würde.

4. Wenn Japan durch Entsendung von Truppen nach Schanghai das Völkerbundsstatut verletzt hat, so haben viele andere Mächte das Gleiche getan.

5. Unter den gegenwärtigen Umständen kann Japan nicht verstehen, warum die Entsendung von Truppen als eine Verletzung der chinesischen Unabhängigkeit oder Unverletzlichkeit betrachtet werden soll.

6. Der Völkerbund hat mit dem Neunmächteabkommen nichts zu tun.

7. Der Völkerbund macht einen grundlegenden Fehler, wenn er China wie ein wohlgefügtes Staatswesen behandelt, anstatt es als ein chaotisches Land ohne verantwortliche Regierung anzusehen.

Tschiangkaischek in Wusung.

m London, 22. Februar.

General TSCHIANGKAISCHEK ist einer Meldung der „Times“ zufolge in der Nähe von Wusung eingetroffen. Die Tatsache seines Erscheinens wird als eine Bestätigung der Annahme angesehen, daß er die nationale Führung in China übernommen hat, und daß die Streitkräfte der chinesischen Regierung an den Kämpfen bei Schanghai teilnehmen werden.

Kabinet Tardieu.

PAINLEVE hat den Auftrag der Kabinettsbildung dem Präsidenten der Republik mit den Worten zurückgegeben:

... Die Parteien der Linken haben mir bis zur Grenze der Selbstverleugung ihre volle Unterstützung gewährt. Andere

Druck einer Stelle zugesellen, die diese Vorschläge zu den übrigen macht, und die dafür sorgt, daß die Vorschläge durchgeführt werden. Zu einem solchen Druck sind der Lage der Sache nach die Gewerkschaften berufen: Sie sind Träger der neuen Zeit, und sie vertreten den gedrücktesten Stand, der am wenigsten Muße hat, zu warten.

Unterstützungen, mit denen ich fest gerechnet hatte, sind mir systematisch verweigert worden. Unter diesen Umständen hätte ich nur ein Kampfkabinet bilden können. Da eine derartige Lösung weder den Interessen des Landes noch meinem Auftrag entsprochen hätte, habe ich die Ehre, den mir erteilten Auftrag in Ihre Hände zurückzugeben.“ PAINLEVE'S Bemühungen sind gescheitert an dem Widerstand TARDIEU'S, der für sich und vor allem für LAVAL einen größeren Einfluß verlangte als PAINLEVE zuzugeben bereit war.

Am Sonnabend nachmittag gab DOUMER TARDIEU die Aufgabe der Kabinettsbildung. TARDIEU nahm den Auftrag an. Schon am Sonntag vormittag legte er DOUMER die Liste des neu gebildeten Kabinetts vor. Am Dienstag wird er sich mit diesem Kabinet der Deputiertenkammer und dem Senat vorstellen.

Das neue Kabinet TARDIEU zeigt kein wesentlich anderes Gesicht als das gestürzte Kabinet LAVAL. Sich selber und seinen politischen Freunden hat TARDIEU einen hinreichenden Einfluß auf die französische Regierung gesichert. Er selber hat sich außer dem Posten des Ministerpräsidenten den des Außenministers vorbehalten; FLANDIN ist das Finanzministerium, LAVAL das Arbeitsministerium zugewiesen worden. Das Innenministerium, um das während der Versuche PAINLEVE'S der Streit zwischen ihm und TARDIEU ging, ist von TARDIEU allerdings nicht mit einem Mann seines näheren Freundeskreises besetzt worden, sondern mit dem ihm politisch fernstehenden Senator MAHEUX. Das ist anscheinend der Preis, den TARDIEU für die Zustimmung der Linken zu zahlen bereit ist.

In der Kammer wird TARDIEU aller Voraussicht nach die Mehrheit für sich haben. Die Entscheidung über sein Kabinet wird also von der Haltung des Senats abhängen. In Senatskreisen weist man darauf hin, daß die Zustimmung, die TARDIEU in der Kammer finden wird, nur auf seinen und LAVAL'S geschickten Schachzügen beruhe. TARDIEU habe, da eine Mehrheitsbildung sonst unmöglich gewesen sei, bereits in den vorigen Kabinetten die Sitte eingeführt, aus allen unentschiedenen und schwankenden Gruppen Unterstaatssekretäre zu entnehmen, um diese Gruppen dadurch an die Regierung zu fesseln. So seien die Kabinette, in denen er einen Einfluß gehabt habe, auf die unförmige Größe von etwa 30 Mitgliedern angewachsen. Wenn man sich entschließen würde, das Kabinet auf seinen früheren Umfang zurückzuführen, so würde die heutige Mehrheit und damit der Einfluß TARDIEU'S und seiner Freunde unweigerlich zerfallen.

Französische Pressestimmen.

In den französischen Zeitungen der Linken herrscht, wie zu erwarten war, Empörung über die Kabinettsbildung, in der man nur eine Wiederholung des gestürzten Kabinetts sieht. Die rechtsgerichteten Blätter äußern sich dagegen sehr befriedigt.

Die „Action française“ schiebt die Schuld am Scheitern PAINLEVE'S den Radikalsozialisten zu, die durch ihren Heißhunger nach den besten Ministerplätzen alles verdorben hätten.

Das „Journal“ schließt aus einer Äußerung TARDIEU'S, daß die Regierung die Wahlreformvorlage nicht wieder einbringen werde. TARDIEU hätte erklärt, er wünsche nicht, die parlamentarischen Meinungsverschiedenheiten der vergangenen Wochen wieder aufleben zu lassen.

Der sozialistische „Populaire“ nennt die Regierungsbildung einen schlechten Scherz. Erst vor wenigen Tagen habe der Senat LAVAL und TARDIEU gestürzt, und nun schieke der Präsident ihm dieselben Männer wieder zu.

WAHN-EUROPA 1934.

VON HANNS GOBSCH.

Copyright by Fackelreiter-Verlag, Berl'n.

(43. Fortsetzung.)

Brandt lacht leise, in Erinnerung verloren. „Nein, mich packte ein wahnwitziger Einfall! Ich wollte meinen Gegner sehen von Angesicht zu Angesicht! Meine Maschine war schneller als die andre, brutal rauschte mein Vogel hinter dem Deutschen her, ich erreichte ihn! Jetzt flog ich mit ihm Seite an Seite! Zum Greifen nahe! Unsre Augen fielen ineinander wie Blitze! Helle, junge Augen hatte der Deutsche! Strahlende Augen! Knabenaugen! Was kann man in Sekunden nicht alles sehen! Hände hier und dort am Maschinengewehr! Einer von uns beiden mußte dran glauben ...“

„Wahnsinnige Lust am Todesspiel ...“ ruft Germaine leise aus.

„Schon riß ich meine Maschine herum, den Deutschen zu rammen! Die Mordlust ließ mich vergessen, daß ich damit mein eigenes Todesurteil besiegelte. Plötzlich ... ich fühlte den Brand der Morgensonne im Gesicht — der Himmel schien aufgerissen — Ewigkeit streifte mich! Da streckte sich mein Arm stracks in die Luft! Jubelnd! Den Deutschen zu grüßen! Wie auf Kommando auch der Arm des anderen! Erkennen von Mörder zu Mörder ...!“

Germaine preßt die Hände gegeneinander. Zärtlich fragt sie: „Der Haß hatte keine Macht mehr ...?“

Brandt lachte sein tiefes, ironisches Lachen. „Haß? Der war von Sonne und Aether verschluckt! Wir fühlten unser Menschsein! Und unsre Motoren brummen dazu den Lobgesang. Nebeneinander flogen wir, der Deutsche und ich. Langsam lösten wir uns in Kurven voneinander, aber unsre Augen und Hände grüßten noch lange!“ Immer noch tönt sein warmes Lachen, das aus der Tiefe eines unerschütterlichen Herzens heraufklingt.

Das Tischtelefon läutet dazwischen. Während Brandt in den Apparat spricht, sitzt Germaine da, hingegeben an ihre wunderlichen Gedanken. Warum — denkt sie, erzählt er mir sein Damaskus, das er sicher noch keinem fremden Ohr anvertraut hat ... „Ich bewundere Ihr menschliches Herz“, lächelt sie Brandt zu, als er vom Tisch zurückkommt.

Schlagartig hat er wieder sein unduldsames Gesicht. „Aber morgen im Parlament, Germaine de Bassancourt, würden Sie vermutlich begeistert der Mobilmachung zustimmen, nicht wahr? Kann man mit demselben Atemzug die Menschlichkeit bewundern und den Krieg verteidigen? Sie huldigen einem Patriotismus, der genährt wird von tragischer Lust am Untergang!“

Germaine will sich zur Wehr setzen. „Wollen Sie mich mit Ihrer Ironie entwaffnen? Die ganze Welt soll Ihnen gehorchen! Soll ich auch unter Ihre Botmäßigkeit kommen? Vor Ihrer Unerstlichkeit kann man Furcht haben!“ Sie sagt das halb lachend, halb unwillig.

Brandt's spöttischer Blick reizt sie noch mehr. „Was fordern Sie denn eigentlich, Herr Brandt! Sie verachten, jeder Franzose weiß das, hohnvoll Ministersessel, Sie zucken hochmütig die Schulter über Parlamentsbeschlüsse, Sie schweißen die Gewerkschaften eines Erdteils zu einer Organisation zusammen und keiner ahnt, zu welchem Endziel Ihnen dieses Werkzeug dienen wird! Sie machen es Ihrer Mitwelt höllisch schwer! Stoben Sie nach Untiefen oder stolzen Höhen? Sicher schwebt Ihnen aber vor, der Erde eine neue Religion einzupflanzen!“

„Eine neue Religion!“ Brandt ergreift unvermutet und leidenschaftlich ihre Hände. „Und Sie bringen nicht den Mut auf, an mich zu glauben!“

„Wenn Sie nun Ihr Herz an ferne Unwirklichkeiten hängt hätten ...“ wehrt sie sich von neuem.

„Meine Idee ist kälteste Wirklichkeit. Die Ersten sind immer die Geopforten. Morgen oder übermorgen schlagen sich vielleicht die Menschen an ihre Stirnen: warum kommt die Erkenntnis so spät! Warum muß erst das Ende unsere blinden Augen öffnen!“

Germaine hat ihm willig ihre Hände überlassen. „Fühlen Sie denn nicht, daß ich in Sorge bin, Ihretwegen in tiefer Sorge! Deshalb bin ich zu Ihnen gekommen! Sie gefährden

Ihr Leben, wenn Sie versuchen sollten, der Autorität des Staates in den Arm zu fallen ...!“

„Staat? Repräsentiert durch fünfzehn Minister? Und die Millionen, die jetzt in Städten und Dörfern warten, daß der Alpdruck von ihnen genommen wird, die bedeuten nichts? Nach wem rufen diese armen Kreaturen? Nach Saint Brice oder nach Léon Brandt? Nach der Selbstherrlichkeit dumpfer Kabinette oder nach der Vernunft sinnvollen Lebens? Sie sind meinerwegen in Sorge, Germaine? Auf meiner Seite kämpfen Herzenswille und höhere Sittlichkeit. Das ist nichts — meinen Sie, gegen die stolzen Machtmittel des Staates? Nun, wir werden sehen. In Ihren Augen sehe ich die Angst vor den kommenden Tagen, Sie fühlen ein Verhängnis näher-schleichen und finden nicht den Mut, aus Ihrem Lager zu mir herüber zu wechseln. Warum, Germaine, warum teilen Sie nicht die Einsamkeit eines Mannes, der es bisher vorgezogen hat, sich die helfende Liebe einer Frau zu sichern ...“

Es wird an die Tür geklopft. Brandt gibt die Hände Germaine's frei. Rougemont tritt mit krummen Rücken ein und übergibt eine Depesche. Lautlos gleitet er wieder hinaus.

Brandt liest; sein Gesicht verliert den warmen Schein. „Ich werde Sie sofort verlassen, Herr Brandt ...“ Germaine steht zögernd auf.

Brandt blickt vom Blatt auf. „Verzeihen Sie bitte, aber in solchen Situationen pflegen sich die Nachrichten zu überstürzen“, sagt er geschäftsmäßig. Er hält die Hand der blonden Frau eine Sekunde in der seinen, aber Germaine fühlt, daß seine Gedanken ihr nicht mehr gehören. Das Telegramm ist ihm wichtiger als die schönste und geliebteste Frau Frankreichs.

Als sie gegangen ist, starrt Brandt immer von neuem auf die Depesche, die der Botschafter Rimbot soeben aus Nizza drahtet. Er hat Rom am frühen Morgen mit dem Flugzeug verlassen und jetzt französischen Boden erreicht.

Vor meinem Abflug aus Rom wurde ich aus absolut zuverlässiger Quelle informiert, daß dreitausendsechshundert italienische Flugzeuge, darunter elfhundert schwere Bombenflugzeuge, für heute nacht Sammelbefehl im Raume Genua-Mailand-Venedig erhielten. Setze in einer halben Stunde Weiterflug nach Paris fort. — Rimbot.“

(Fortsetzung folgt.)

Freie und zensierte Zeitungen.

„Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volksgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst... die rücksichtslose Beichte eines Volkes vor sich selbst, und bekanntlich ist die Kraft des Bekenntnisses erlösend. Sie ist der geistige Spiegel, in dem ein Volk sich selbst erblickt, und Selbstbeschauung ist die erste Bedingung zur Weisheit.“ Natürlich kann die freie Presse auch blöd, dumm und gemein sein, „niedrige Gesinnungen, persönliche Chikanen, Infamien teilt die zensierte Presse mit der freien Presse“. Doch „die freie Presse bleibt gut, auch wenn sie schlechte Produkte erzeugt“. Denn eben die Freiheit erlaubt, ermöglicht, erzwingt die Korrektur durch die Kritik, durch „dieses Gericht, das sie aus sich selbst erzeugt“.

Diese kühnen, glaubensvollen Sätze stammen von KARL MARX. Na ja! Betrachtet man sie aber lieber — weil wir in der Gegenwart, in einer recht schönen Gegenwart stehen — die unfreie Presse.

Die Zeitung kann zensiert, die Presse geknobbelt, die Freiheit des gemeinverständlichen billigen gedruckten Wortes kann durch den Staat gehemmt werden. Denn der Staat, d. h. irgendeine im Staat mächtige Gruppe bestimmter Menschen, kann gewisse Zeitungsmacher bestrafen, bestimmte Zeitungen schädigen, chikanieren, verbieten, vernichten. Er kann auch — durch Vorbeugungszensur — sich alles Gedruckte vorlegen lassen, bevor es ins Volk kommt, und kann dieses Vor-Gedruckte zunächst einmal in väterlicher Fürsorge mit dem durchstreichenden Rotstift behandeln. Das kann der Staat je nach dem momentan bestehenden Presse-Recht.

Bei den Geldleuten und bei der Partei — d. h. bei den Herren Maier und Müller, die viel Geld oder in einer Partei viel zu sagen haben — ist das alles ganz anders. Denn Geld und Partei brauchen von sich aus kein Preß-Gesetz, weil sie von Haus aus jene Zensur haben, welche von vornherein alles unpassende ausräumt. Jede Zeitung kostet Geld, und es ist bekannt, daß Leute mit sehr viel Geld einen ganzen Zeitungswald aufkaufen, abholzen und nach ihrem Belieben neu aufforsten können. Und im Uebrigen hat allemal der Geldgeber ein entscheidend wichtiges Recht, das Veto-Recht. Er kann „Nein“ sagen, ausräumen und auch fördern, gebieten, eine bestimmte Tendenz der Nachrichten und Artikel erzwingen. Und wie steht es mit der Partei? Nun: wenn eine Partei zur Massenpartei anwächst, dann braucht sie Parteifunktionäre, und wenn die da sind, dann ist auch bald die Parteibürokratie, die Herrschaft dieser Funktionäre da. Und es soll gelegentlich vorkommen, daß die Verwalter nicht mehr in allem ganz genau die gleichen Interessen wie die Verwalteten haben. Dann wird die Bürokratie zur Bonzokratie. Und diese hat mit dem Geldsack der Partei und den Verfügungsgewalt über die Stellen immer auch die Parteipresse in der Hand — in derselben Hand, in der die Präventivzensur gar oft nicht ruht, sondern arbeitet. Ist dann die Parteipresse noch frei? Wenn nicht, wie steht es mit der unfreien Presse?

Da schreibt nun einer: „Die unfreie Presse „bleibt schlecht, auch wenn sie gute Produkte erzeugt. Ein Kastrat bleibt ein schlechter Mensch, wenn er auch eine gute Stimme hat. Der Charakter der zensierten Presse ist das charakterlose Unwesen der Unfreiheit; sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Milgeburt. Die zensierte Presse mit ihrer Heuchelei, ihrer Charakterlosigkeit, ihrer Eunuchen-sprache, ihrem hüdnischen Schwanzwedeln verwirklicht nur

die inneren Bedingungen ihres Wesens“ — eben der Unfreiheit, welche „die eigentliche Todesgefahr für den Menschen ist“. Denn die unfreie Presse — gleichgültig, ob vom stahlschimmernden Staat gelenkt oder vom golden-glänzenden Kalb oder vom Parteibürokraten mit dem dicken Gosäß und der flachen Stirn — diese zensierte Zeitung operiert nicht „mit dem scharfen Messer des Vorstandes, sondern mit der stumpfen Schere der Willkür, wenn sie die Kritik nur ausüben, aber nicht ertragen will“ und „Macht-sprüche für Vernunftsprüche, Tintenflecke für Sonnenflecke... und Schläge für schlagende Argumente“ hält. Kurz: Jede Art Zensur ist „eine Gestalt der Unfreiheit, eine Weltanschauung des Scheins gegen die Weltanschauung des Wesens, eine nur negative Natur“. „Sie hält den Kampf nicht auf, sie macht ihn nur einseitig; sie macht aus einem offenen Kampf einen versteckten; sie macht aus einem Kampf der Prinzipien einen Kampf des gewaltlosen Prinzips mit der prinzipiellen Gewalt.“ Und ist oft nur der „indiskrete Schrei des bösen Gewissens“.

Das alles ist eigentlich im großen Ganzen gut gesagt. Aber, meint der Mann mit diesen Sätzen eigentlich die Presse der marxistischen Partei der Sozialdemokratie, die SPD-Zeitungen der jüngstvergangenen zehn Jahre? O nein! Falsch geraten! Wie kommen Sie überhaupt auf diesen Gedanken? Wie wäre das auch nur möglich? So geistvoll, so glänzend in der Form, so treffend in der Sache, so knapp und vollendet schreibt ja heutzutage überhaupt keiner mehr. O nein! Als der Begründer der Sozialdemokratie, als KARL MARX 1842 und 1843 diese Sätze formulierte, da gab es ja noch kein sozialdemokratisches Papier. Er schrieb seine Ideen nieder für eine künftige sozialistische Presse und druckte sie ab — in einer bürgerlichen Zeitung.

Paul Turg.

Nationalsozialistischer Sonderkandidat.

o Rom, 20. Februar.

Die „Giornale d'Italia“ veröffentlicht eine Unterredung seines Berliner Korrespondenten mit HITLER.

Frage: „Können Sie mir sagen, ob Ihre Partei so weit entschlossen ist, den Kampf um die Wahl des Reichspräsidenten zu kämpfen, daß sie ihre Reserven bis zum letzten Mann einsetzen, sich auch nicht scheuen wird, ihre besten Namen in den Kampf zu werfen?“

Antwort: „Wir bereiten uns auf diesen Zusammenstoß vor, dessen Bedeutung nicht unterschätzt werden kann, wie auf eine Feldschlacht, und werden, wie in einer Feldschlacht, nicht mit Opfern geizen.“

„Auf meine Frage nach der Person,“ so berichtet der Korrespondent weiter, „erhielt ich eine Antwort, die ich nicht wiedergeben kann.“

1 München, 21. Februar.

In einer nationalsozialistischen Studentenversammlung am Sonnabend kam GREGOR STRASSER auf die Reichspräsidentenwahl zu sprechen. Er sagte dabei: „Die Partei hat ihre Entscheidung gefällt. Die Veröffentlichung erfolgt in der Stunde, die wir für die geeignetste halten.“

Volkskonservative für Hindenburg.

h Berlin, 20. Februar.

Voraussichtlich wird in den nächsten Tagen ein Aufruf zugunsten der Wahl HINDENBURGS erscheinen, durch den zahlreiche Persönlichkeiten zum Ausdruck bringen werden, daß sie nach wie vor zu HINDENBURG stehen und daß dessen Aufstellung keineswegs eine Angelegenheit „der schwarz-

roten Parteien“ sei. Der Aufruf werde Unterschriften aus allen Teilen des Landes tragen, die Graf WESTARP gesammelt hat, namentlich auch von höheren Offizieren.

Wegbereiter des Faschismus.

K. S. In dem Arbeiterstädtchen Neu-Izenburg (Kreis Offenbach) fand am 14. Februar die Stichwahl für den Beigeordnetenposten statt. Zur Wahl stand je ein Kandidat der SPD und der NSDAP. Die KPD, deren Kandidat bei der Vorwahl die wenigsten Stimmen bekam, forderte in einem Flugblatt und in der Presse ihre Wähler auf, ihre Stimmen wieder dem Kommunisten zu geben, obwohl dieser gar nicht aufgestellt war und somit die für ihn abgegebenen Stimmen keine Gültigkeit hatten. Der Nationalsozialist erhielt 2772 (bei der Vorwahl 2332), der Sozialdemokrat 2646 (1763) Stimmen. Die für den Kommunisten abgegebenen 996 (1461) Stimmen wurden für ungültig erklärt. Der Rückgang der kommunistischen und die Steigerung der sozialdemokratischen Stimmen läßt darauf schließen, daß ein großer Teil der Kommunisten doch lieber einen Sozialdemokraten als einen Nazi in den Sattel hebt, wenn sie nur zwischen diesen zu wählen hat.

Ein Kommunist, der auf den Widersinn der KP-Parole hingewiesen wurde, erklärte: „Das war ganz richtig so, die beiden (SPD und NSDAP) mögen sehen, wie sie einig werden. Wir (KPD) sind doch nicht für die verantwortlich.“

Die Gleichsetzung von Sozialdemokraten und Nationalsozialisten macht Schule in den Reihen der kommunistischen ABC-Schützen. Je einfacher das Rezept, desto leichter ist es auswendig zu lernen.

Kommunistische Wahlvorbereitung.

h Berlin, 20. Februar.

Im Reichstag hat die kommunistische Fraktion einen Antrag eingebracht, worin die Auflösung des Reichstages gefordert wird. Weiter beantragt die kommunistische Fraktion einen Reichstagsbeschluß, wonach alle „Tributzahlungen“ sofort eingestellt werden sollen. Nach einem anderen kommunistischen Antrag soll die Reichsregierung aufgefordert werden, den Austritt aus dem Völkerbund sofort zu vollziehen.

Das alte Bild: die KP in Wahlkonkurrenz mit den NS.

Krisenmaßnahmen in Norwegen.

d Oslo, 20. Februar.

Auf Grund einer Besprechung des früheren Ministerpräsidenten MOHWINKEL mit der Regierung und den Parteiführern nahm das Parlament den Vorschlag an, sofort einen Ausschuß von vier Parlamentsmitgliedern zu bilden, der zusammen mit der Regierung außerordentliche Krisenmaßnahmen ergreifen soll. Die Finanzaussprache des Parlaments brach damit ab. Die wirtschaftliche Lage in Norwegen ist, wie diese Maßnahme zeigt, sehr gespannt.

Achtung Postbezieher!

In diesen Tagen muß das Post-Abonnement auf den „Funken“ erneuert werden. Nach dem 25. Februar erhebt die Post für den Bezug im kommenden Monat Verspätungs-Gebühren. — Das Abonnement kostet monatlich 2 M, zu-
sätzlich 36 Pf. Bestellgeld.

Soldaten über den Krieg.

Brandstifter.

„Schweinehaufen, verfluchter! Habt ihr nicht gehört? Alarm ist! Die Russen sind im Anmarsch!“ So klang's am 27. Jänner 1915 abends vor der galizischen Ortschaft Čeremka, und ich wurde zu einer Patrouille kommandiert, welche die Aufgabe hatte, den Ort in Brand zu setzen.

Die vielleicht gegen hundert Hausnummern zählende Ortschaft, in der noch Zivilvolk wohnte, war mit Ausnahme der Kirche und des Pfarrhofes bis in den Boden hinein aus Holz und Stroh gebaut. In einer guten Stunde war das Dorf in hellen Flammen, und ein grauenhaftes Trauerspiel begann.

Wir waren wieder in unserer Stellung, als eine ganze Karawane stöhnend, weinend und jammernd gegen unsere Straßensperre einherzog. An der Sperre wurde jede Person peinlich durchsucht, ob kein Spion dabei wäre, und da bot sich ein Anblick, der jedem Stein Tränen entrissen hätte.

Greise Frauen weinten wie Kinder, abgehärmte Väter blickten noch einmal mit nassen Augen auf ihre in Flammen stehende Heimat zurück, in der sie alt und grau geworden waren. Viele Mütter hatten ihre Kleinen nur notdürftig in Leinen gewickelt, um sie in der großen rauhen Kälte nicht erfrieren zu lassen, selbst waren sie aber fast ohne Kleider und die meisten barfuß. In dieses maßlose Elend und Gewimmer mischten sich kalte Kommandorufe und Gewehrschüsse, welche das ganze schreckenerregende Bild noch grausiger machten.

Alois Mannsfeld (Landw.-Reg. Nr. 4),
Reisender, Feldkirchen in Kärnten.

Kameraden.

13. Jänner 1915. Fahrt von Neusandec nach Ptazkowa. Dort Verladung des 7. Infanterieregiments. Während der Verladung der Feldküche schrie der Bataillonsadjutant, Leutnant Alois A., wie verrückt herum. Er schrie auf einen alten Feldwebel, Adam Liener, ein, daß er nichts verstehe. Der Feldwebel machte auf die Anrumpelung des Leutnants eine Einwendung, erhielt aber sofort hierauf einen Schlag ins Gesicht. Nicht genug damit, zog der Offizier seinen Browning und feuerte auf den etwa drei Meter vor ihm habachtstehenden Feldwebel, worauf letzterer ohne das geringste Zucken sagte: „Herr Leutnant, ich bin Familienvater.“ Im nächsten Moment krachte der zweite Schuß. Der Feldwebel stürzte getroffen vornüber zu Boden, vor die Füße des Leutnants.

Der Feldwebel Liener hatte 18 Jahre im k. u. k. Heere gedient und hatte daheim seine Frau mit drei Kindern. Der erste Schuß hatte die Halsschlagader nahe berührt, während der zweite das Gesicht traf.

Ich befand mich während des Ueberfalles auf dem Bahnhof, und zwar von jener Stelle etwa 30 Meter entfernt. Ich hörte die beiden Schüsse, die etwa acht Sekunden nacheinander fielen und sah den Abtransport des Schwerverletzten. Der Leutnant, der sich schon früher so manche Ungehörlichkeit zuschulden kommen ließ (einmal hatte er an einem Gefreiten einen Stock in Trümmer zerschlagen, ein anderes Mal hat er einen Fußmaroden, dem beide Füße erfroren waren, einfach niedergeworfen), verblieb nach Abgang seines Regiments in Ptazkowa. Die ganze Kompanie, welcher er zugeteilt war, beschwerte sich beim Rapport über ihn, jedoch erfolglos.

Die Behandlung des schwerverletzten Feldwebels übernahm Dr. Herbert. Weitere, mir bekannte Zeugen dieses Vorfalles sind: Anton Stoff, Oberschaffner in Lienz, und Al. Trompfer, Oberschaffner in Wien.

Wilhelm Kohler, Bundesbahnpenionist,
Lienz (Osttirol), Albin-Egger-Straße 13.

Hoher Besuch.

Exzellenz kommt sich „das Ding mal von vorn ansehen“. Paar Minuten nur, versteht sich, man kann der Ruhe hier nicht trauen. Also: „Vorwärts, Garde!“ Zuviel Verluste? Schade! Die Nächsten! Bravo Westfalen stürmen. Einmal, zweimal, dreimal — geht auch nicht! Tote und Verwundete. Die um den Sieg betrogene Exzellenz geht ab mit den Worten: „Rheinische Schweinerei!“

3. Tag. Und der dritte Tag ohne Monagel! Von irgendwo löst sich die Russenfront. Sieg! Sieg! — Wir warten das Sammeln unseres Truppenkörpers ab. Train ist auch schon hier. Ein betrunkenes Quartett Trainoffiziere tritt in die Kirche. Einer, Typo Extrauniform, setzt sich ans Harmonium und spielt die „Wacht am Rhein“, die anderen gröhlen dazu. Plötzlich tritt er auf meinen verwundeten Genossen zu, der eingeschlafen ist (drei Tage und Nächte ohne Schlaf!) und brüllt ihn an: „Hallo! Ihr habt ja keine Disziplin mehr hier draußen! Bei uns heißt es „stillgestanden“ bei der Wacht am Rhein, du österreichisches Schwein!“ und baut ihm eine Ohrfeige herunter, daß die Kappe zu Boden fliegt!

Rudolf Landauf (Geb.-Art.-Reg. Nr. 3/4),
Monteur, Wien IX, Sobieskygasse 19.

Der Helden'od.

Manchomal hatte ein Tag Körper und Seele derartig zerschunden, daß man sagen könnte: es war nur eine Stufe mehr in den Tod.

Ein Säusen und Zischen in der Luft, ein Ducken, ein Anklammern an das Leben, ein dumpfer Knall, die Erde unter mir dröhnte, einen Meter vor mir war der Tod „blindgegangen“. Eine Granate stak in dem sumpfigen Boden. Der Dreck war auseinandergespritzt und schloß sich wieder über dem grauenhaften Loch zusammen. Man lachte weder, noch weinte man, denn man war „Held“.

Von diesem unheimlichen Posten abgelöst, kehrte ich zurück in den Unterstand. Irgendein Fraß wurde verschlungen samt Kot und Dreck, der an den Händen klebte. Dann schmiß man den Körper auf die Holzpritsche, und der Geist wanderte zurück in das wirkliche Leben — heim. Da lagen wir, so zwanzig Mann „ohne Offizier“, und hatten nur einen Wunsch: „Aus, Schluß!“ Diesen Wunsch träumten wir und schnarchten dazu ein trauriges Lied. Da... Ein Krach, als ob Himmel und Erde brechen würden... Ein Lichtschein... Ein Spritzen von Blut, Erde und Holz... Eine Granate im Unterstand! Dann ein Nachklang, daß uns Uebriggebliebenen der Atöm stockte... Ein Wimmern und Jammern vom Leben zum Tod. Dann trugen wir sie hinaus, gruben ohne Licht Menschen und Menschenbestandteile aus Erde und Holz heraus. Freunde, deren Leben wir „Heißgewonnen“ hatten, Väter und Gatten waren es. Sie starben als Helden im Schlaf. Neben uns, ohne uns! Man lachte weder, noch weinte man, denn man war „Held“.

Der Korporal wurde am Morgen darauf wahnsinnig. Er saß mit glasigen Augen in einer Ecke und starrte in die Luft. Dann sprang er plötzlich auf und schrie: „Hilf! Mörder!“, oder er steckte die Kappe aufs Gewehr und schrie: „Hurra, Frieden ist, Frieden, Frieden...!“ Dann legte er sich wieder auf den Boden... Es war grausig, ich werde es nie vergessen.

Michael Wappel (Landsturm-Reg. Nr. 1),
Brotführer, Wien X, Burgenlandgasse 25.

Mit diesen Briefen geben wir eine Auslese aus fünfzig solcher Dokumente, die der Verlag HESS u. Co. (Wien-Leipzig 1931) zusammengestellt hat. Das Büchlein kostet 1,20 Mark und kann von jeder Buchhandlung bezogen werden. Solche Bücher sollte man kaufen und denen zu lesen geben, die heute von einem Kriege Rettung erwarten — Rettung aus Schulden, Rettung aus Friedensdiktaten, ja Rettung aus Kapitalismus und Arbeitslosigkeit.

Arbeitsordnungen — statt Tarifverträge.

Der Holzarbeiterverband teilt mit:

In der „Fachzeitung“ (einer Unternehmerrzeitung des Holzgewerbes) vom 14. Februar wird verlangt als Ersatz eines Tarifvertrages Arbeitsordnungen zu erlassen. In diesen Arbeitsordnungen soll zwangsweise das durchgeführt werden, was im Wege der Verhandlungen über einen Tarifvertrag nicht möglich war. Wie die Unternehmer sich die Arbeitsbedingungen vorstellen: Ueber Arbeitszeit, Kurzarbeit und Ueberstunden verfügt der Arbeitgeber, Bezahlt soll nur die Zeit werden, während der ein Arbeitnehmer wirklich arbeitet. — Etwaige fehlerhafte Arbeit (das stellt der Arbeitgeber fest) wird nicht bezahlt. — Wenn der gezahlte Lohn mit der Abrechnung nicht übereinstimmt und Reklamationen am nächsten Tage nicht erfolgen, ist jeder Anspruch erloschen. — Lohnansprüche aus dem Arbeitsverhältnis oder auf Grund tariflicher Bestimmungen sind nach drei Monaten verjährt. — Krankheit ist ein Grund zur fristlosen Entlassung. — Es wird in Aussicht genommen, Geldstrafen bis zur Höhe eines Wochenlohnes zu verhängen.

Unter keinen Umständen dürfen Kollegen Arbeitsordnungen vorstehend Inhalts unterschreiben. In jedem Falle ist das Büro bei Bekanntwerden derartiger Bestrebungen in Kenntnis zu setzen.

Um die Einheitsfront.

Die Saat des ZK.

M. M. Kassel, Mitte Februar.

Die SAP und die KPD-O hatten alle Arbeiterorganisationen Kassels zum 12. Februar zu einer Besprechung eingeladen in der Absicht, ein überparteiliches örtliches Kartell zur Abwehr des Faschismus zu gründen. Gleich nach Eröffnung der Sitzung und Bekanntgabe der Tagesordnung erklärte ein KP-Vertreter: „Wir sind nicht hierhergekommen, um über die Frage der Bildung einer Einheitsfront zu diskutieren. Diese Frage ist für uns erledigt; wir haben bereits die rote Einheitsfront. Wir sind hierher gekommen, um den anwesenden Arbeitern und Angestellten die erbärmliche Rolle der SAP zu zeigen.“

In sachlichen, ruhigen Ausführungen sprachen die Redner der SAP und KPD-O über die politische und wirtschaftliche Situation und die Notwendigkeit, schnell eine breite, überparteiliche sozialistische Klassenfront zu schaffen. Sie hielten weder die „eiserne“, noch die „rote“ Einheitsfront für geeignet, alle Antifaschisten zum Abwehrkampf zu vereinen. Sie propagierten eine dritte Front. „Wenn wir es nicht fertig bringen“, sagte die Rednerin der KPD-O, „eine Einheitsfront zu schaffen, dann trifft uns die moralische Schuld für den Sieg des Faschismus.“

Gerade darum erinnerten in der Diskussion die ISK-Genossen erneut an die Vorschläge im „Funken“ und zeigten, daß man unmöglich an der Masse der fünf Millionen freien Gewerkschafter vorübergehen kann, wenn man eine breite Abwehrfront will. Wenn die Initiative zur antifaschistischen Abwehr von den Gewerkschaften ausgeht, könnten auch alle die mitmachen, die jetzt noch zwischen den Fronten stehen. Will die antifaschistische Abwehr weder von der SP noch von der KP geführt werden, eine dritte Front ist überflüssig und schädlich. Es kommt nur darauf an, die gewerkschaftliche Initiative von dem Einfluß der SP freizuhalten.

Hochmütiges Gelächter der Kommunisten. Sie brachten eine Resolution ein, in der die Versammlung bescheinigen sollte: die rote Einheitsfront unter der Führung der KP sei die Einheitsfront des Proletariats, und THÄLMANN der Arbeiterkandidat für die Präsidentenwahl. Die Abstimmung über diese Resolution wurde verständigerweise von dem Einberufer der Versammlung abgelehnt. Darauf befragte ein KP-Wortführer über den Kopf der Versammlungsleitung hin-

weg die Vertreter der KP und all ihrer Hilfs- und Nebenorganisationen nach ihrer Zustimmung. Alle schrien ihr „Ja“. — „Dagegen ist wohl niemand? — Also einstimmig angenommen! Jetzt haben wir's euch aber gemacht!“

Erst nach dem geräuschvollen „siegreichen“ Abzug der Kommunisten konnte die Besprechung in Ruhe und Sachlichkeit fortgesetzt werden.

Der Weg: freigewerkschaftlicher Verband fordert Einheitskandidaten.

K. S. Offenbach (Main), 17. Februar.

Am 17. Februar fand die Generalversammlung des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuillerverbandes, Verwaltungsbezirk Offenbach a. M., statt. Von den rund 2700 Mitgliedern waren ungefähr 400 anwesend. Die Versammlung ist von besonderem Interesse deshalb, weil der Bevollmächtigte des Verbandes, Kollege GALM, im Auftrag der Ortsverwaltung in seinem Geschäftsbericht für einen Einheitskandidaten der Arbeiterschaft zur Reichspräsidentenwahl eintrat. Wörtlich sagte er in dem Geschäftsbericht:

„Warum schweigt der ADGB zur Frage der Reichspräsidentenwahl? Warum nimmt er nicht seinen besten Mann und hebt ihn auf den Schild? Hält man die Werbekraft von fünf Millionen gewerkschaftlich organisierter Arbeiter vielleicht für weniger wirksam als die der alten Tanten, die sich in die HINDENBURG-Liste einzeichnen, oder der Prätorianergarden HITLERS? Uns dünkt, es kommt hier auf das Wollen an. Schweigen ist hier nicht Strategie, sondern Feigheit in höchster Potenz. Denn das wissen wir, in dem gleichen Moment, in dem die Gewerkschaften mit eigenem Wollen, mit festem Ziel in die politische Arena treten, wird das Schwächegefühl von der Gesamtarbeiterklasse abfallen, wird das ständige Zurückweichen einem Angriffswillen Platz machen, der sieghaft sein wird.“

Die RGO, die seit einigen Wochen dazu übergegangen ist, den einzigen (seit 1920) von Linken geleiteten Verband im Offenbach-Frankfurter Wirtschaftsgebiet zu berennen, hat in der Versammlung wie in den Betrieben eine klare Niederlage einstecken müssen. Ihr Antrag, der zur Wahl THÄLMANNs aufforderte, verfiel der Ablehnung.

Stürmische Freude löste die Mitteilung des Bevollmächtigten GALM aus, daß im Hessischen Landtag für eine kurze Zeit die Einheitsfront von der KPD bis zur SPD hergestellt war, als die Nationalsozialisten bei der Rede GALMs vereint zum Rednerpult stürzten, um GALM zu verprügeln und als sich alle Abgeordneten der Linken schützend vor ihn stellten.

Verschärfung des Bierstreits.

in Berlin, 20. Februar.

Amtlich wird mitgeteilt: Die Verordnung über die Bierpreissenkung bleibt bestehen und wird durchgeführt, und zwar nach Maßgabe der vom Preiskommissar erlassenen Ergänzungsverordnung, wonach die örtlichen Behörden Härten ausgleichen können. Spätestens zum 1. April 1932 ist Biersteuer-senkung in Aussicht genommen, die dann auch eine weitere Senkung des Bierpreises ermöglicht.

in Berlin, 21. Februar.

Nachdem die am Sonnabend im Reichsfinanzministerium und im Reichswirtschaftsministerium geführten Verhandlungen über die von den Gastwirtsorganisationen geforderte Getränkesteuerermäßigung ergebnislos verlaufen waren, wurde am Sonntag vormittag in einer Versammlung von Vertrauensleuten sämtlicher Gastwirtsverbände erneut die Lage beraten. Mit einer Mehrheit von 75 Prozent wurde beschlossen, den Bierstreik am Donnerstag früh beginnen zu lassen, wenn die Verhandlungen, die noch mit dem Preiskommissar geführt werden sollen, ebenfalls zu keinem Ergebnis führen werden. Ein solcher Beschluß würde für das gesamte Gastwirtsgewerbe im Reich gelten.

Gewerkschaftskollegen! Genossen!

Am Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr:

Öffentliche Versammlung

in Magdeburg, bei Bleck (früher Luchtfeld), Knochenhauer-ufer 27/28.

H. Rauschenplat, Berlin. Wirtschaftsredakteur des „Funken“, spricht über

„Die Wirtschaftskrise und ihre Bekämpfung.“

Freie Aussprache! Eintritt 20 Pf. Erwerbslose 10 Pf.

Internationaler Sozialistischer Kampf-Bund
Ortsverein Magdeburg.

Rundfunksendungen, die wir zur Beachtung empfehlen.

Dienstag, den 23. Februar.

10.00 Eröffnungsfeier des Absatzlehrganges des Reichsverbandes der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften. Ansprachen von SCHIELE und HERMES.

20.00 Minister STEGERWALD: Die Winterhilfe. (Ueber fast alle Sender.)

Breslau:

20.15 HAYDN-Sinfonien. (Reichssendung.)

Hamburg:

19.30 „Die Tat.“ Ein Bericht über die Zeitschrift und die Bücher ihres Kreises von WERNER MÜLLER.

Königswusterhausen:

20.15 Gemeinschaftsempfang: GOTTFRIED FEDER: Nationalsozialismus und Eigentumsbegriff. (Die Diskussion über Kommunismus und Eigentumsbegriff, die für den 9. Februar angesetzt war, wurde auf Betreiben GROENERS abgesetzt.)

Leipzig:

14.00 Dr. AMMON: Wissenschaft und Sozialpolitik.

20.45 Forum der jungen Generation: Drei junge Menschen über Bücher von EBENMAYER, KÄSTNER, LINDSAY u. a.

Mühlacker:

19.05 Prof. LIEFMANN: Konzerne und Kartelle im Rahmen der heutigen deutschen Wirtschaftslage. (Vergleiche dazu: „Vogel-Strauß-Politik“ im „Funken“, Nr. 34, vom 10. Februar.)

München:

18.25 Prof. STRIEDER: Englische Wirtschaftskrisen des 18. Jahrhunderts. (Vergleiche dazu die Aufsätze über die Wirtschaftskrise in England in Nr. 33 und 35 des „Funken“.)

BESTELLSCHEIN

Hiermit bestelle ich die Tageszeitung „Der Funke“ vom ab zum Preise von monatlich 2.— RM zuzüglich Bestellgeld.

Name

Ort

Straße und Hausnummer.

Bitte ausgefüllt Ihrem Briefträger übergeben oder — mit 4 Pf. frankiert — an den Verlag senden: IVA, Berlin S 14, Inselstr. 8a.

Verantwortl. Schriftleiter: Willi Eichler, Berlin. Anzeigen: E. Deppe, Berlin. Verlag: Internation. Verlagsanstalt GmbH, Berlin S 14, Inselstr. 8a. Tel.: F 7 Jannowitz 5909. Druck: A. Janiszewski, Buchdrucker u. Verlag GmbH, Berlin SO 36, Elisabethufer 28/29.

Unterstützt den „Funken“! Berücksichtigt die Inserenten des „Funken“!

ISK

2. JAHRGANG 2. HEFT FEBRUAR 1932

INHALT:

FRIES und KANI über

Rüstung, Völkerrecht und Frieden

HANS LEHNERT:

Abrüstung, Völkerbund und Sozialismus

THEODOR HÜPEDE:

Sozialpolitik und Sozialismus

Zum Nachdenken:

Die schwarze Internationale marschiert:

England: Die Bilanz von 10 Jahren.

Holland: Das konfessionelle Schulwesen.

Belgien: Die Subventionierung kirchlicher Schulen.

Katholische Arbeitslosenbetreuung.

Einbruch ins Nazi-Lager. — „Rekrutierungsgebiete“ der SPD.

Tierquälerei beim Fischfang.

Zeitschrift des Internationalen Sozialistischen Kampf-Bundes

Preis: monatl. 20 Pf. Probenummern kostenlos. Deutsche Ausgabe

Internationale Verlagsanstalt G.m.b.H., Berlin S 14, Inselstr. 8a

Sprechapparate

Koffer • Schatullen • Schränke

Schallplatten

für Konzert und Unterhaltung in

allen Preislagen

Otto Pfothauer

Welmar, Röhrstraße 40

Verlangen Sie Angebot!

BUROBEDARFSARTIKEL

Reparaturen und Reinigung
von Schreibmaschinen.

A. H. TIMMERMANN

Hamburg 24, Papenhuderstr. 9

Telephon: 25 53 42

Arbeiterkinderhelm

Müden a. d. Oertze, Kr. Celle, nimmt ab

Ostern wieder Kinder auf. Tagessatz

1,20 M. Kinder unter 10 Jahren 1.— M.

Etty Gräffe

Groß-Haushaltungen,

Gemeinschaften, Landheime,

Ferien-Lager, Schulen u. s. w.

erhalten

Reform-Nahrungsmittel

zu Ausnahmepreisen

Bitte, Sonder-Liste anfordern!

FRISCHKOST-REFORMHAUS

Magdeburg

O. v. Guerickestraße 104

Zeitschriften, Broschüren, Flugschriften, Plakate

stellt schnell, sauber und billig her

Oscar Wettig, Gelnhausen

Robert Peppmüller, Göttingen

Buchhandlung und Antiquariat

für moderne Literatur

Kataloge und Auskunft gratis!

Imperialisten

nutzen die Schwäche Chinas,
um ihr Räuberhandwerk zu rechtfertigen.

Sozialisten

müssen wissen, wo die Ursachen dieser Schwäche
liegen und wie man sie beseitigen könnte.

Lest dazu das anerkannt zuverlässige China-Buch, das von einem Chinesen und einem Deutschen geschrieben wurde:

4600 Jahre China.

Seine politischen, wirtschaftlichen
und kulturellen Verhältnisse.

Von Kuo Shien-yen und Karl Hinkel.

141 Seiten. Mit einer Landkarte und drei Tafeln.

Broschiert 3,— M. Ganzleinen 4,50 M.

Das Buch kann bezogen werden durch jede Buchhandlung oder direkt vom Verlag. (Postscheckkonto Hannover 60 643.)

Verlag „Öffentliches Leben“, Berlin S 14, Inselstraße 8a.

Freunde
und Leser des
„Funken“!

Unterstützt
Eure Zeitung

Werbt Abonnenten!

Sammelt Anzeigen!

Bevorzugt

bei Einkäufen

unsere Inserenten!

Vom deutschen Nationalismus.

Geschminktes und Ungeschminktes.

K. O. 14- bis 15jährige Mädchen einer höheren Schule. Sie pflegen über die politischen Tagesereignisse Fragen zu stellen. Die Kämpfe zwischen Japan und China stehen zur Diskussion.

„Fein, nun kommen unsere Feinde in Schwierigkeiten und können uns nicht mehr so unterdrücken.“

„Nun werden wir Munition liefern, dann hört die Arbeitslosigkeit auf.“

„Dann sind wir doch in dem gleichen Zustand wie Amerika 1914. Wir tragen Schulden ab und verdienen noch dabei.“

Ich frage: „Und wem werden wir Waffen liefern?“

„An den, der bezahlt.“

„Und wenn wir in den Krieg verwickelt werden?“

„Dann kriegen wir wieder ein großes Heer und die Arbeitslosigkeit wird noch geringer.“

„Es sind überhaupt zuviel Menschen auf der Welt.“

„Für China ist es auch gut, wenn viele sterben.“

Das ganze Stahlbad des Krieges wird aufgelöst. Woher haben die Kinder ihre Ansichten? Es sind Kaufmannkinder und solche Unterhaltung sind Börsengespräche.

Mit diesen Kindern wurde es dann möglich, in ruhigem Gespräch die Lage zu klären und die Frage zu erörtern: Gibt es einen Rechtsgrund für diesen Krieg?

Was die Kinder ungeschminkt ausgesprochen haben, das steht in den Zeitungen des Bürgertums, geschminkt. Es ist das, was die Väter wünschen: Deutschland soll nicht Stellung nehmen, Deutschland soll abwarten, was die großen Mächte tun. Warum? Um das sicherste Geschäft zu machen.

Inzwischen verläutet hier und da etwas von Waffenverschiffungen im Hamburger Hafen. Sehr vorsichtige Dementi.

Die Arbeiterschaft ist bedrückt. Sie sucht Arbeit; sie will aber auch den Chinesen nicht an den Hals. Wer führt sie hinaus aus diesem Konflikt?

Ein Erfolg nationalistischer Hetze.

17. Bekanntlich soll der Reichsverfassung nach die Schuljugend im Sinne der Völkerverständigung erzogen werden. Schade, daß der Artikel der Reichsverfassung, der dies vorschreibt, nicht ebenso häufig angewandt wird, wie der Art. 48. Um so mehr Anlaß zur Freude besteht, wenn es auch an höheren Schulen einmal einen Lehrer gibt, der es mit der Völkerverständigung ernst nimmt. Die Elternschaft des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums in Frankfurt a. M. scheint für solche Freude nichts übrig zu haben.

Vor einigen Wochen wurde an diese Schule der Studienassessor HERBERS versetzt, der als Pazifist und Mitarbeiter an der pazifistischen Zeitung „Das Andere Deutschland“ bekannt ist. HERBERS hat vor drei Jahren das „Verbrechen“ begangen, zu schreiben, daß der Krieg für die Generale lediglich eine Badekur gewesen sei. Er belegte diese Behauptung mit der Aufzählung einiger Heerführer, die ein hohes Alter erreicht haben und nannte hierbei auch den Namen HINDENBURG.

Dieser Hinweis wurde Herrn HERBERS so übel genommen, daß er deswegen von Kassel nach Frankfurt versetzt wurde.

Dies geschah, obwohl der Elternbeirat in Kassel, einer Stadt, in der nicht gerade revolutionäre Gesinnung das Bürgertum beherrscht, erklärte, daß er die Versetzung des Lehrers bedauere und seinen Unterricht dankbar schätze. Sogar HERBERS' Schüler traten für ihn ein und erklärten, er habe nie versucht, sie politisch einseitig zu beeinflussen. Ja, Protokolle aus seinem Geschichtsunterricht ergaben sogar, daß er mit den Schülern gemeinsam zu dem Ergebnis gekommen war, HINDENBURG sei eine ehrwürdige Persönlichkeit. In der ganzen Zeit seiner Kasseler Tätigkeit wurde die Lehrtätigkeit HERBERS' nicht ein einziges Mal beanstandet.

Warum hat man HERBERS trotzdem versetzt, noch dazu erst drei Jahre, nachdem er den beanstandeten Aufsatz ge-

schrieben hatte? Die Elternschaft des Kaiser-Friedrich-Gymnasiums hat den wahren Grund offenbar erkannt. Sie reagierte jedenfalls prompt auf die Versetzung von HERBERS damit, daß sie eine Elternversammlung einberief. In ihr wurde einstimmig gegen die Versetzung protestiert und erklärt, daß man diesen Lehrer als Pädagogen für ungeeignet halte. Das, was 1929 noch gesagt und angehört werden konnte, ist im Aufklärungszustand der nationalsozialistischen Prägung unmöglich geworden. MARX' Worte über die Presse, die wir an einer anderen Stelle dieses Blattes abdrucken, sind wie ein Licht, das in die Dunkelheit des 20. Jahrhunderts hinüberstrahlt. Wenn wir uns nicht sehr anstrengen, wird bald die Möglichkeit vorüber sein, Worte, wie die von MARX zu veröffentlichen. Dann werden wir uns in Geheimarchiven die Seele befreien müssen und die Kraft aufspeichern für einen neuen Durchbruch zur Freiheit.

Burmas Abtrennung von Indien.

m London, 20. Februar.

MACDONALD'S Spaltungstaktik hat Erfolg gehabt: Der gesetzgebende Ausschuß von Burma hat nach langer Aussprache die bei Abschluß der indisch-burmesischen Konferenz abgegebene Regierungserklärung MACDONALD'S angenommen. MACDONALD hatte Streitigkeiten und Interessengegensätze zwischen Burma und Indien benutzt, um beide voneinander zu lösen. In der Regierungserklärung hatte er den Burmesen eine künftige Verfassung vorgeschlagen, die die Abtrennung Burmas von Indien zur Voraussetzung hat.

Amtsantritt des neuen Präsidenten von Argentinien.

u Buenos Aires, 20. Februar.

Der Präsident der provisorischen Regierung, URIBURU, der im September 1930 nach der erfolgreichen Revolution die Präsidentschaft übernommen hatte, hat am Sonnabend die Geschäfte an den neuen Präsidenten JUSTO übergeben.

Die gesamte Presse feiert die Tatkräft URIBURU'S. Der frühere Präsident, DR. IRIGOYEN, der im Marinegefängnis auf der Insel Martin Garcia untergebracht ist, hat abgelehnt, sich begnadigen zu lassen.

Um die Unabhängigkeit der Philippinen.

f Washington, 20. Februar.

Der Senatsausschuß für territoriale Angelegenheiten nahm am Sonnabend einen Gesetzentwurf an, dem gemäß die Philippinen 15 Jahre nach Annahme des gegenwärtigen Verfassungsentwurfs durch den Kongreß in Manila (der Hauptstadt der Philippinen) schrittweise ihre Unabhängigkeit von den U. S. A. erhalten sollen.

Russisches Einreiseverbot gegen Oppositionelle.

s Moskau, 22. Februar.

Das Präsidium des Zentralvollzugsausschusses hat nach einer sowjetamtlichen Mitteilung eine Liste von im Ausland lebenden Emigranten veröffentlicht, die bisher noch im Besitz eines Sowjetpasses sind und die wegen ihrer gegenrevolutionären Tätigkeit die Bürgerrechte in Sowjetrußland verlieren. Ihnen wird die Einreise in die Union der Sowjetrepubliken auch mit Papieren ausländischer Mächte verboten. Die Liste enthält 37 Namen von Mitgliedern der TROZKI-Opportunisten, der ehemaligen sozialrevolutionären Partei, der Gruppe der sozialistischen Menschewisten usw. In der amtlichen Mitteilung werden folgende Namen besonders genannt: TROZKI, ABRAMOWITSCH, DAN, GARWI, POTRSOW, DOMANEWSKAJA.

„Sozialist“ Imbusch.

Auf einer Kundgebung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Düsseldorf erneuerte IMBUSCH seine Forderung nach Verstaatlichung des Bergbaus. Dadurch solle der Einfluß der wenigen rheinisch-westfälischen Schwerindustriellen, „des schlimmsten Hortes der Reaktion“, beseitigt werden.

Weiter verlangte er den „sozialen Volksstaat“ im Gegensatz zum alten Klassenstaat.

Daß die verlangte „Expropriation der Expropriateure“ und die Errichtung der klassenlosen Gesellschaft nur dadurch erkämpft werden kann, daß im Klassenstaat der Klassenkampf geführt, nicht dadurch, daß dem Klassenstaat der „soziale Volksstaat“ gepredigt wird, verschwieg IMBUSCH, womit er sich objektiv zur Stütze des „schlimmsten Hortes der Reaktion“ macht.

Streikunruhen in Polen.

f Kattowitz, 20. Februar.

Im Dombrowaer Revier kam es am Sonnabend zu Zusammenstößen zwischen streikenden Bergarbeitern und Streikbrechern und Polizei. In Millowitz wurden 15 Verletzte ins Krankenhaus eingeliefert.

Die Regierungspresse erinnert an die Verordnung des Staatspräsidenten von 1928, die den militärischen Arbeitszwang auf den Gruben vorsieht.

Öffentliche Versammlungen des ISK:

Berlin: Montag, den 22. Februar, um 20 Uhr, im Hakenhof, Rosenthaler Str. 40/41 (Nähe Bahnhof Börsen). Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse? Leitung: Minna Specht.

Bochum: Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im Gasthaus „Zur Vidume“, Dörstener Str. 14. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Bremen: Donnerstag, den 25. Februar, 20.15 Uhr, im Verbandshaus der Buchdrucker, Am Wall Nr. 82, I. Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse?

Eisenach: Donnerstag, den 25. Februar, um 20.15 Uhr, im Gasthof „Goldener Engel“, Katharinenstraße. Thema: „Arbeiterchaft und Reichspräsidentenwahl.“

Erfurt: Sonnabend, den 27. Februar, 20 Uhr, im Volkshaus, Johannesstr. Thema: Die Lage in China, und die Aufgabe des europäischen Proletariats. Rednerin: Genossin CHYIN CHEN aus Slanghai.

Essen: Donnerstag, den 25. Februar, um 20 Uhr, im Gasthaus Kulbrock, Beuststr. 49. Thema: Die Stellung des ISK zur Präsidentenwahl.

Göttingen: Freitag, den 26. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus, kleiner Saal. Thema: Die Weltkriegsgefahr und die Arbeiterschaft.

Hamburg: Dienstag, den 23. Februar, um 20.15 Uhr, im Volkshaus, Hammerbrook, Sachsenstr. 21. Thema: Thälmann — Hitler — Hindenburg? Was können wir noch tun für einen Einheitskandidaten der Arbeiterklasse?

Hannover: Mittwoch, den 24. Februar, 20.15 Uhr, im Städtischen Saalbau, Gartenallee 1. Thema: Schafft die einheitliche Aktion der Arbeiterklasse zur Reichspräsidentenwahl!

Kassel: Mittwoch, den 24. Februar, um 20 Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses. Thema: Der ISK und die Reichspräsidentenwahl. (Kein Ausschank!)

Mainz: Dienstag, den 23. Februar, um 20.15 Uhr, im Gasthaus Hoerlein, Ecke Hafen- und Frauenlobstraße. Thema: Die Stellung des ISK zur Reichspräsidentenwahl.

München: Die hier bereits für den 23. Februar angezeigte Versammlung kann leider nicht stattfinden. Weitere Mitteilungen folgen noch.

Freie Aussprache.

Eintritt frei.

Leben einer Landarbeiterin.

G. P. Vor einigen Tagen fuhr ich mit einem Wagen über Land. Unterwegs fragte eine Frau, ob sie mitfahren könne. Während der Fahrt kamen wir in ein Gespräch.

Sie arbeitet als Melkerin in einem Gutsbetrieb. Ihr Lohn beträgt zwei Drittel des Männerlohnes: 18 Pf. für die Stunde. Der frühere Besitzer gab zum Geld noch zwei Liter Milch am Tag. Jetzt gibt es nur noch die paar Pfennige. Warum sie sich die Milch, die sie früher erhielt, nicht wieder erkämpfe? „Das geht nicht. Einer ist doch der Teufel des anderen. Mache ich die Arbeit nicht für 18 Pf., dann machen es andere. Und ich muß doch arbeiten, wenn ich leben will!“

Ihr Mann bekommt nur ein Drittel des vollen Lohnes, weil er kriegsbeschädigt ist. Wenn man jetzt kein Zeug zum Anziehen hat, von solchem Lohn kann man sich nichts kaufen!

Wieviel Rente der Mann bekomme als Kriegsbeschädigter? Gar keine, er ist vor Jahren abgefunden worden.

„Wenn wir arbeitslos werden, bekommen wir nicht einmal Unterstützung. Der Herr Gutsbesitzer hat uns gesagt, wir würden immer arbeiten können, wir könnten darum das Geld für die Erwerbslosenversicherung sparen. Wir haben uns auf sein Drängen hin abmelden lassen. Wir Arbeiter würden ja gern weiterbezahlen, aber keiner wagt, als erster etwas zu sagen. Der Herr Gutsbesitzer spart so seinen Pflichtanteil zur Erwerbslosenversicherung.“

Ihre Tochter ist zehn Jahre alt. Der Arzt sagt, sie solle viel Milch trinken. Aber womit die Milch bezahlen? Die Frau Gutsbesitzer sprach vor kurzem mit dem Herrn Doktor und dem Herrn Pastor. Beide haben gesagt, das Kind brauche viel Milch. Es ist jetzt abends mit den Kindern des Gutsbesitzers, dort bekommt es etwas Milch.

Angesichts solcher Zustände ist es verständlich, daß den nachdenklichen Landarbeiter nicht die Liebe zur Scholle auf dem Lande festhält, sondern nur die bittere Not und daß er bei erster Gelegenheit in die Stadt abwandert, um dort — nur die Reservarmee zu vergrößern. Hier kann nur eine großzügige Siedlungspolitik helfen, die es dem Landarbeiter

ermöglicht, unter solchen Bedingungen zu siedeln, daß er einen auskömmlichen Erfolg von seiner mühevollen Arbeit davonträgt.

Vollkommen human.

K. H. Alte Erinnerungen auskramend, erzählte ich meiner 4½jährigen Tochter, als wir wieder einmal über Tiere sprachen, von jungen Schaf- und Ziegenlämmern, deren Schönheit und drolliges Benehmen für mich die Erinnerung an manche frohe Stunde bedeutet, die ich der Gesellschaft der anmutigen Tiere zu verdanken habe.

Einige Tage später lese ich einen Artikel über die Karakulzucht in Südwestafrika („Die Woche“ vom 19. 9. 1931, Nr. 38), der mir den obigen Vorfall wieder ins Gedächtnis rief, nur mit dem Unterschied, daß meine Empfindungen beim Lesen des Artikels andere waren, als jene, die ich bei der Plauderei mit meiner Tochter hatte.

Karakul ist eine besondere Schafart, die nur in Buchara (im südlichen Russisch-Asien) gezüchtet wurde; seit zwei Jahrzehnten auch in Südwestafrika.

Zu dem oben erwähnten Artikel gehört auch ein Bild, das eine „Dame“ darstellt. Die Unterschrift unter dem Bild heißt: „Ein vielbegehrtes Kleidungsstück: moderner Persienmantel. Für einen Mantel dieser Art sind etwa zwanzig Felle erforderlich.“

Wie kommt man zu den Persienmanteln? Der Artikelschreiber in der „Woche“ schreibt: „... Um die Persienmantel zu gewinnen, müssen die jungen Lämmer (des Karakuls am ersten oder zweiten Tage ihres Daseins ihr Leben lassen, was auf eine vollkommen humane Weise geschieht. Märchen über Roheiten bei der Tötung sind frei erfunden. ...“ Noch jetzt ist das Deutsche Reich an der Südwestkarakulzucht durch das Tierzuchtinstitut der Universität Halle interessiert, das unter Leitung des Professors DR. FROELICH regen Anteil am Import der für die Vervollkommnung der Zucht nötigen Vollblut-Karakultiere nimmt. ... Im Jahre 1930 wurden etwa 100 000 Persienmantel nach Deutschland exportiert, die Zahl bedeutet nach Prof. DR. FROELICH etwa den vierten Teil der Exportziffer Rußlands, des Haupt- und Stammlandes des Karakuls. ...“ „Nicht zu Unrecht ist gerade der Persienmantel

bei den Frauen beliebt und begehrt, dann er schmückt sie, wie kaum ein anderer. ...“

Das Breitschwanz-Persienfellchen kann nur von ungeborenen Lämmern gewonnen werden. Nach den Worten des Artikelschreibers wird das nur geschehen, wenn tragende Karakul-Schafe eingehen. Alle anderen Meinungen über die Gewinnung von Breitschwanz-Fellchen (z. B. gewaltsam herbeigeführte Frühgeburten) sollen nicht den Tatsachen entsprechen, was bei der „vollkommen humanen Weise“ der Züchter ja auch anzunehmen ist.

Wenn jemand einen „Persianer“ sieht, so mag er dabei an zwanzig Karakul-Lämmchen denken, denen am ersten oder zweiten und zugleich letzten Tage ihres Lebens „in vollkommen humaner Weise“ das Fell über die Ohren gezogen wird, um ein Luxusbedürfnis zu befriedigen.

Kommunistische Werber.

M. B. An einem Sonntag, gegen 12 Uhr, kamen zwei Kommunisten zu uns in die Wohnung. Sie wollten Abonnenten für die „Neue Zeitung“ gewinnen. Ich sagte, daß ich schon Abonnent des „Funken“ sei. Sie wollten den „Funken“ sehen. Das Urteil des einen: „Eine syndikalistische Zeitung!“, des anderen: „Eine sozialdemokratische Zeitung!“ Der eine Werber erklärte, daß er den „Funken“ schon vor Jahren gelesen habe. Ich sagte, das sei ein Irrtum, der „Funke“ erscheine erst seit dem 1. Januar 1932. „Hab' ihn doch schon vor zwei Jahren gelesen“, beharrte er. In der Zwischenzeit hatte der andere den Artikel über eine Münchner RGO-Aktion gelesen und meinte, der Artikel sei natürlich nicht wahr. Es hätten viel mehr Menschen an der Protestaktion teilgenommen. Das sollte ich als Münchnerin nun glauben, nachdem sie vorher den Schwindel über den „Funken“ gesagt hatten! — Dann sprachen wir über die Straßenkämpfe in Berlin. Ich fragte, was die Partei damit bezwecke. Die Antwort war, man erfahre dabei, was für Gegenmaßnahmen seitens der Polizei zu erwarten seien; ob die Genossen verhungern oder ob sie für die Bewegung sterben, sei doch egal! — Der eine versprach, den „Funken“ öfters zu kaufen. Sie gingen nach einer Stunde mit einigen „Funken“ fort und meinten zuletzt „kollegial“, daß jede Zeitung ein bißchen übertreibe, auch die „Neue Zeitung“.

Reichshilfe für die Großbanken!

Zu den Aufsichtsrats-Sitzungen am 22. Februar.

Am 13. Juli hat das Reich für die Einlagen bei der Danat-Bank die Bürgschaft übernommen. Im August stützte das Reich die Dresdner Bank in dem es in Höhe von 300 Millionen Mark eigens zu diesem Zweck neu herausgegebene Vorzugsaktien der Dresdner Bank kaufte und durch Hergabe von Schatzanweisungen bezahlte; das Reich wurde dadurch Hauptaktionär einer bisher privaten Großbank. Seitdem ist das Schicksal des Reichs mit dem der Großbanken eng verknüpft, und ein Plan nach dem anderen, wie dieses „Schicksal“ künftig gestaltet werden solle, beschäftigte die Handelspresse.

Die wichtigsten Pläne, die erörtert worden sind, seien kurz genannt: Vereinigung der Danat-Bank mit der Dresdner Bank. Uebernahme der Danat-Bank durch die Commerz- und Privat-Bank. Uebernahme der uneinbringlichen Forderungen aller Großbanken auf eine Bank. Vereinigung aller Großbanken zu einer einzigen Bank.

Die Entscheidung darüber, was werden soll, ist immer wieder hinausgezögert worden. Das Vertrauen zu den Banken ist dadurch nicht gerade gekräftigt worden; infolgedessen nahm das Notenhamstern zu, und die für sicherer gehaltenen staatlichen Großbanken (Preussische Staatsbank und Reichskreditgesellschaft) gewannen Kunden. Da nunmehr bald die Bank-Bilanzen veröffentlicht werden müssen, kann die Entscheidung nicht mehr lange hinausgezögert werden. Sie wird offenbar sehr bald fallen. Folgende Vorbereitungen deuten das an und bekräftigen gewisse Vermutungen über die Art der Entscheidung.

1. Am 18. Februar ist gemäß einer Notverordnung folgendes bestimmt worden: Die Bilanzgenehmigung und Beschlußfassung über Herabsetzung des alten Aktienkapitals und über Kapitalerhöhung durch Neueinzahlung darf gleichzeitig stattfinden; dabei dürfen Kapital und Reserven in der Bilanz bereits in neuer Höhe ausgewiesen werden. Diese Bestimmung ist eine wesentliche Hilfe für die Banken; sie kommen darum herum, in der Gewinn- und Verlustrechnung Verluste nachzuweisen und erst danach deren Deckung durch Kapitalzusammenlegung und Neueinzahlung von Kapital vorzunehmen. — Was kommen soll, läßt sich insbesondere aus der Bestimmung erkennen, daß die genannte gleichzeitige Beschlußfassung im allgemeinen nur zulässig ist, wenn die neuen Aktien gezeichnet und bar eingezahlt sind, daß es der Barzahlung aber nicht bedarf, soweit die neuen Aktien zum Beispiel vom Reich gezeichnet werden, oder von der Golddiskontbank (einem Ableger der Reichsbank, der im Reichsbankgebäude untergebracht ist).

2. Die Aufsichtsrats-Sitzungen der meisten Großbanken, in denen über die Bilanz für 1931 Beschluß gefaßt wird, finden an einem Tag statt, am 22. Februar.

Für die voraussichtliche Lösung sind die folgenden Umstände wichtig:

1. Alle Banken besitzen große Bestände an eigenen Aktien, die sie gekauft haben, um den Kurs ihrer Aktien aus Prestige Gründen zu stützen. Es besteht wenig Aussicht, daß sie für diese Aktien demnächst Käufer finden.

2. Alle Großbanken haben in der Krise starke Verluste erlitten. Die stillen und offenen Reserven sind wohl bei allen aufgezehrt worden (von der Berliner Handels-Gesellschaft und den vorhin genannten öffentlichen Banken abgesehen). Es sind also alle Großbanken (Danat-Bank, Dresdner Bank, Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft und Commerz- und Privatbank) sanierungsbedürftig.

3. Die Reichsbank hat in der Krise große Gewinne gemacht: Der Notendruck war billiger; die Kredite, die sie gab, teurer!

Die Lösung wird sich vermutlich auf der folgenden Linie bewegen: Die Krisengewinne der Reichsbank werden zur Deckung der Krisenverluste der großen Privatbanken verwandt werden. Das Reich nimmt Verluste bei der Danat- und Dresdner Bank in Kauf und verzichtet sogar nachträglich auf die Erhebung der Notensteuer, die ihm für die nicht vorschriftsmäßig gedeckten Noten zusteht, zu Gunsten der Sanierung der Privatbanken. Die Privatbanken werden dadurch saniert, daß das Reich einer etwas schenkt (!), im übrigen dadurch, daß ihr altes Kapital „zusammengelegt“ wird (bei einer Zusammenlegung im Verhältnis von 3:1 erhalten die Inhaber von drei alten Aktien eine neue Aktie) und daß danach das Kapital wieder erhöht wird durch Neuausgabe von Aktien, die die Reichsbank (auf dem Umweg über die Golddiskontbank) kauft mit Hilfe ihrer Krisengewinne. Mittelbar soll also die Reichsbank, in deren Verwaltungsrat bekanntlich die Großbankdirektoren sitzen, Großaktionär der Großbanken werden.

Im einzelnen gehen folgende Gerüchte um:

Die Commerz- und Privatbank besitzt von ihrem Aktienkapital (75 Millionen Mark) etwa 35 Millionen Mark selber; sie vernichtet diese Aktien. Das restliche Aktienkapital wird im Verhältnis von 3:1 zusammengelegt und dann erhöht durch Uebernahme neuer Aktien durch die Gruppe Reichsbank-Golddiskontbank.

Die Deutsche Bank und Disconto-Gesellschaft legt ihr Aktienkapital vermutlich in einem etwas milderem Verhältnis zusammen. Sie erhält etwa 100 Millionen Mark von der Gruppe Golddiskontbank-Reichsbank, aber nicht gegen Hergabe von Aktien, sondern im Gegensatz zu Aktien von nicht stimmberechtigten „Genußscheinen“, sodaß diese Bank ihren privaten Charakter behält.

Die Dresdner Bank hat im August dem Reich gegen Hergabe von 300 Millionen Mark Schatzanweisungen 300 Millionen Mark Vorzugsaktien gegeben; ein Drittel der Vorzugsaktien wird vernichtet. Von den restlichen 200 Millionen Mark Vorzugsaktien wird das Reich der Dresdner Bank 50 Millionen Mark Vorzugsaktien kostenlos (!) übergeben zum Verkauf an die Gruppe Golddiskontbank-Reichsbank. Die Dresdner Bank erhält dadurch 50 Millionen Mark in bar; das Reich verliert insgesamt 150 Millionen Mark.

Die Danat-Bank erhält etwa 100 Millionen Mark Reichsschatzweisungen, die nur, insoweit sie nicht einer Abgeltung von Danat-Bank-Verlusten durch das Reich als Bürgen, vom 13. Juli her, darstellen, aus späteren Gewinnen zurückzuerstatten sind.

Eine angesichts des schwindenden deutschen Wohlstands große Finanzmacht wird hier zusammengeballt. Sie kann zum Guten genutzt werden. Bei den bestehenden politischen Machtverhältnissen ist es nahezu sicher, daß sie zum Schlechten verwandt wird: zur weiteren Stützung von Schwerindustrie- und Großgrundbesitz.

Die SPD diskutiert über staatliche Bankenkontrolle gegenüber den bestehenden und sich bildenden Banken. Das ist eine kindliche Verschleierung der eigenen Ohnmacht der Arbeiterklasse. Was würde es nützen, wenn Reichsbank, Großbanken und Regierung sich gegenseitig kontrollierten? Das wäre doch nur eine Kontrolle innerhalb der herrschenden Klasse! Diese herrschende Klasse hat es verstanden, bisher die Krisenfolgen von sich, soweit irgend möglich, abzuhalten; sie wird diese Politik fortsetzen, solange sie die herrschende Klasse ist.

Hellmut Rauschenplat.

diese Garantie nicht nötig, wenn der Kredit von einer kleinen Bank (mit einem Kapital von weniger als 500 000 Dollar) beantragt wird. Diese Bestimmung begünstigt offensichtlich die festgefahrenen kleinen Banken in den Farmer-Staaten.

Man hat also allerdings nicht die besonderen Schuldverschreibungen der Reconstruction Company (die vom Bund garantiert werden) auf die gleiche Stufe gestellt wie Bundesanleihen; d. h. sie sind nicht wie diese ohne weiteres bei den Noten-Banken beleihbar. Jedoch sind diese neuen Schuldverschreibungen und obendrein andere Wertpapiere unter gewissen Bedingungen bei den Notenbanken beleihbar.

Wie in Deutschland wird also auch in Amerika ein neues Institut gegründet, und im Zusammenhang damit werden nicht so leicht sichtbare Maßnahmen ergriffen, um durch Vermehrung des Geldumlaufs Mittel zur Kreditgewährung zu gewinnen, und zwar für Angelegenheiten, in denen von privater Seite kein Kredit mehr gegeben werden würde.

Das alles ist charakteristisch für Vogel-Strauß-Politik.

Organisation der Reconstruction Corporation.

Dieser ganze Eindruck wird verstärkt, wenn man sich den Einzelheiten der Organisation zuwendet, die die Reconstruction Finance Corporation ausmachen soll. Die Gesellschaft wird 12 regionale Unterabteilungen einrichten. Ebenso ist das Federal-Reserve-Bank-System, das Notenbank-System der Vereinigten Staaten, in eine Aufsichtsbehörde, den Federal Reserve Board in Washington, und 12 regionale Federal Reserve Banken gegliedert. Die 12 Unterabteilungen der Reconstruction Finance Corporation werden, wie wir erfahren, eng mit den Federal Reserve Banken zusammenarbeiten.

Man rechnet nicht damit, daß für die Organisation der Reconstruction Finance Corporation ein großes Personal nötig sein wird. Das Akten-Material der Federal Reserve Banken, das sie zur Prüfung der Kreditwürdigkeit der verschiedenen Banken und sonstigen Betriebe benutzen, wird der Reconstruction Finance Corporation zur Verfügung stehen. Man gewinnt also den Eindruck, daß die neue Gesellschaft mehr oder weniger eine Agentur der Federal Reserve Banken sein wird.

Zweck der Reconstruction Corporation.

Die neue Gesellschaft darf Vorschüsse gewähren an „Banken, Sparkassen, Bausparkassen, Versicherungs-Gesellschaften, Hypothekenbanken, Kredit-Ver-eine“ und die verschiedenen Agrar-Kredit-Institutes, außerdem an Eisenbahnen und Farmer.

Wie ferner bekannt wird, werden Vorschüsse auch in Fällen gewährt, in denen Grundeigentum als Sicherheit angenommen wird. Die Reconstruction Corporation kann beinahe alle Arten von Kreditgeschäften betreiben. Die Beschränkungen des Federal Reserve Systems gelten für sie nicht.

Die neue Gesellschaft geht also sowohl hinsichtlich des Kreises von Schuldnern wie hinsichtlich der Art ihrer Geschäfte weit über den Rahmen hinaus, der für Notenbanken, ja zum Teil sogar für private Kreditbanken üblich ist. Man wird in vieler Hinsicht an die während des Krieges in Deutschland üblichen Darlehenskassen erinnert, mit deren Hilfe die deutsche Inflation 1914 begonnen wurde.

Nach amerikanischen Meldungen ist damit zu rechnen, daß das vom Schatzamt beizusteuende Kapital von 500 Millionen Dollar schnell eingesetzt werden wird. Vielleicht wird man auch sofort einen Teil der von der Gesellschaft auszubehenden Schuldverschreibungen auf den Markt bringen oder an das Schatzamt (!) verkaufen müssen. 200 Millionen Dollar dürfen verwandt werden, um Banken, die bereits ihre Schalter geschlossen haben, flott zu machen.

Die Kredite an Eisenbahnen sollen zur Finanzierung von Aufträgen dienen. Auf diesem Wege hat ja auch DIETRICH versucht, die Konjunktur in Deutschland anzukurbeln. Der „New York Times“ vom 5. Februar 1932 wird die Pennsylvania Eisenbahn-Gesellschaft, die stärkste des Landes, bei der Reconstruction Corporation monatliche Darlehen von 5 Millionen Dollar für Elektrifizierungszwecke beantragen.

Die Kredite endlich, die die neue Gesellschaft den Farmern gewähren wird, spielen eine ähnliche Rolle wie die in Deutschland gepflogene Umschuldungs-Aktion.

Kurzum: was in Deutschland stückweise durch die Garantie- und Akzeptbank, die Reichsbahn-Aufträge und die Osthilfe gemacht worden ist, das alles wird nun in der Union durch die Reconstruction Corporation auf einmal versucht.

Wirkung der Reconstruction Corporation.

In wirtschaftspolitischer, konjunkturpolitischer Hinsicht wird diese große Aktion zwar eine vorübergehende Belebung des Geschäfts in den Vereinigten Staaten zur Folge haben. Aber nach einiger Zeit wird ein Rückschlag eintreten, genauso wie nach der amerikanischen Kreditausweitung von 1927. Die ganze Aktion wird also letzten Endes — und zwar diesmal schneller als nach den Maßnahmen von 1927 — verpuffen; und der Rückschlag wird, wie jetzt die vorübergehende Belebung international wirken. Die Gründe hierfür werde ich morgen auseinandersetzen.

H. R.

Sichtbare und unsichtbare Methoden

In der amerikanischen Wirtschaftspolitik.

Der neueste Abschnitt in der amerikanischen Wirtschaftspolitik ist durch die kürzlich erfolgte Gründung der Reconstruction Finance Corporation eingeleitet worden. Bezeichnend für die Lage ist, inwiefern genauso wie in Deutschland im Zusammenhang mit dem neuen Kredit-Institut leicht sichtbare und mehr oder weniger unsichtbare Methoden benutzt werden, um die Mittel der Notenbanken (der Federal Reserve Banken) zur Kreditgewährung heranzuziehen.

Geld-Beschaffung durch-Bundes-Obligationen.

Die neue Bank ist mit einem Kapital von 500 Millionen Dollar ausgestattet, das die Bundesregierung bereitstellt. Außerdem darf die Gesellschaft Schuldverschreibungen bis zu 1500 Millionen Dollar ausgeben, die von der Bundesregierung garantiert werden.

Die Schuldverschreibungen der Gesellschaft gehören allerdings nicht zu denjenigen, die die Federal Reserve Banken ankaufen dürfen und beleihen müssen. Aber erstens ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung das von ihr beizusteuende Kapital in Form von Bundes-Schuldverschreibungen einzahlt; und diese sind wie alle Bundes-Anleihen bei den Federal Reserve Banken beleihbar. (Diese Bestimmung gilt nicht für die von der Bundesregierung garantierten Anleihen.)

Propaganda gegen die Noten-Hamsterer.

Zweitens beabsichtigt Hoover eine große Propaganda zur Beendigung der Noten-Hamsterung. Aus Sorge um die Sicherheit ihrer Ersparnisse haben nämlich beträchtliche Teile der Bevölkerung ihre Ersparnisse abgehoben und in Form von Banknoten in den Strumpf gesteckt. Gemäß der „New York Times“ vom 5. Februar schätzt man den Betrag der gehamsterten Noten auf 1,3 Milliarden Dollar. Das ist rund ein Viertel des gesamten Notenumlaufs.

Wenn nun die Bevölkerung etwa aus „Patriotismus“, ähnlich wie bei den deutschen Kriegsanlei-

Zeichnungen, jetzt ihre Noten wieder hervorholen und damit Schuldverschreibungen der Reconstruction Finance Corporation kaufen sollte, so würde auf diesem Umweg der Notenumlauf der Federal Reserve Banken doch dazu benutzt werden, um Kredite an festgefahrene Banken zu gewähren, denen von Privatbanken keine Vorschüsse mehr gegeben werden.

Aenderung des Notenbank-Gesetzes.

Drittens: Auch in Deutschland hat man außer der Einrichtung einer besonderen Bank (der Garantie- und Akzept-Bank) zur Flottmachung der anderen Banken weniger sichere Mittel angewandt, um durch Vermehrung des Geldumlaufs Mittel für Kreditgewährung zu bekommen: man hat den Umlauf von Silbermünzen vergrößert. Ähnliche weniger sichtbare Methoden verwendet man in Amerika.

Dort hat man das Gesetz über die Federal Reserve Banken geändert. Künftig sollen Bundesanleihen zur Deckung des Notenumlaufs zulässig sein, — unbeschadet der Verpflichtung, daß 40 Prozent des Notenumlaufs nach wie vor mit Gold gedeckt sein muß. (Bisher mußten die restlichen 60 Prozent durch Gold oder Wechsel gedeckt sein.) Ein Zweck dieser Maßnahme ist der: Gold frei zu machen für den Fall, die Bank von Frankreich und das französische Schatzamt für den Rest seiner New Yorker Guthaben Auszahlung in Gold verlangen. Aber die Hauptabsicht besteht darin, die Kreditausweitung zur Ankurbelung der Wirtschaft zu begünstigen. Abgesehen von den zuerst erwähnten Maßnahmen geht dies auch aus den weiteren Aenderungen des Bankgesetzes hervor.

Die privaten Banken sollen das Recht haben, sich von den Federal Reserve Banken Geld zu leihen durch Bevorschussung auch anderer Wertpapiere als der hierfür bisher allein zugelassenen Bundesanleihen. Als zusätzliche Deckung für einen derartigen (Lombard-) Kredit müssen sie einen Wechsel ausstellen, der von drei anderen Banken garantiert wird. Obendrein ist